

Mehr direkte Demokratie!

Die rot-rot-grüne Landesregierung stärkt Mitbestimmung und Demokratie

Immer mehr Menschen kehren Politik den Rücken. Ein aktuelles Beispiel: Zu den Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis ging im Januar 2018 nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten. Doch wenn Menschen nicht mehr wählen, verliert die Demokratie an Rückhalt. Deutlich wird auch: Viele Menschen möchten nicht mehr nur VertreterInnen wählen, sondern wollen auch bei Sachthemen mitentscheiden.

Gerade in Städten und Gemeinden kann direkte Demokratie erfolgreich sein – auf kommunaler Ebene mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, im Land mit Volksbegehren und Volksentscheiden. In Thüringen hat die rot-rot-grüne Regierung direkte Demokra-

tie gestärkt. Ein eigenes Gesetz regelt kompakt und übersichtlich die Verfahren. Mit dem Ratsbegehren können Gemeinderäte nun umstrittene Themen den BürgerInnen direkt zur Entscheidung vorlegen. Und die WählerInnen haben nun die Möglichkeit, selbst einen Antrag auf Abwahl des »Orts- bzw. Kreisoberhaupts« auf den Weg bringen. Zudem muss jetzt in den Kommunen vor einem Bürgerentscheid an alle Stimmberechtigten Informationsmaterial verteilt werden, in dem nicht nur die Verwaltung sondern auch die Initiatoren des Entscheides zu Wort kommen. Und mit einem Einwohnerantrag können nun die Menschen einer Kommune erzwingen, dass das Kommunalparlament ein bestimmtes Thema debattiert.

Rot-Rot-Grün kämpft schon seit 1998 gemeinsam mit vielen anderen Organisationen im Bündnis *Mehr Demokratie in Thüringen* für eine Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung. Hundertausende unterstützten mit ihrer Unterschrift und gegen den Widerstand der damals regierenden CDU Erleichterungen für mehr direkte Demokratie. Bis 2009 wurden so zwar erste Verbesserungen verwirklicht, aber es blieben etliche Punkte ungeklärt. Rot-Rot-Grün hat das geändert. Das bundesweite Bündnis *Mehr Demokratie* stellte fest: »Thüringen kommunal auf Platz 1!«

Doch wir wollen mehr. Denn bisher dürfen die Menschen in Thüringen nicht über die Verwendung ihrer Steuern abstimmen. So sind fast alle Volksbegehren unzulässig, weil ihre Umsetzung Geld kosten würde. Das wollen die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und Grünen ändern und dazu den sogenannten »Finanzvorbehalt« aus der Landesverfassung kippen.

Das würde echte Mitbestimmung im Land bedeuten. Doch dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die es nur gemeinsam mit der CDU geben kann. Darum werben wir nun.

Wird es möglich sein, so viel politischen Druck aufzubauen, dass die Konservativen mitmachen? ■

IN BEWEGUNG

Streiks für guten Lohn!

Sechs Prozent mehr Lohn, die Möglichkeit zur befristeten Verringerung der Arbeitszeit und bessere Zuschüsse für Kindererziehung, Pflege oder Schichtarbeit wollen die Beschäftigten in der Metallindustrie. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu ver-



FOTO: © LINKSFRAKTION

leihen rief die Gewerkschaft IG Metall am 2. Februar 2018 ihre Mitglieder in ausgewählten Betrieben zu einem 24-stündigen Warnstreik auf – etwa eine halbe Million Menschen machten bundesweit mit, auch in Thüringen.

DIE LINKE unterstützt die berechtigten Forderungen. Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagte: »Die Gewinne in der Metall- und Elektroindustrie sind in den letzten Jahren jährlich gestiegen. Es ist Zeit, dass die Beschäftigten endlich ihren Anteil an den erbrachten Leistungen bekommen.« Kräuter war früh morgens zum Werkzeughersteller *Widia* in Königsee-Rottenbach im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gefahren, um dort die Kolleginnen und Kollegen beim Streik zu unterstützen.

Mehr Zeit, mehr Geld

Auch in Erfurt hatten hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Dort war Susanne Hennig-Wellsow für DIE LINKE schon früh morgens vor Ort: Um 6.45 Uhr stand die Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen vom *Siemens Generatorenwerk* vor dem Werkstor. Um halb acht war sie bei *Schuler Pressen*. In ihren Reden an die Streikenden stellte sie klar: »DIE LINKE steht an Eurer Seite!«

Der Kampf um mehr Zeit, weniger Arbeit und eine ordentliche Tarifierhöhung findet Unterstützung in der LINKEN, wie Hennig-Wellsow sagte: »Es wird dringend Zeit, dass von den Milliardengewinnen der Konzerne auch etwas bei den Beschäftigten, die diese Gewinne mit ihrer Arbeitskraft schaffen, ankommt. Mehr Zeit und mehr Geld zum Leben sind die richtigen Antworten in dieser Zeit. Auch die unterschiedlichen Löhne in Ost und West bei gleicher Arbeitsleistung müssen endlich der Vergangenheit angehören. Für gleiche Arbeit muss es endlich gleiches Geld geben!«



FOTO: © MEHR DEMOKRATIE E.V.

» Kinderarmut

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm. Aus Sicht von 90 Prozent der Kinder kümmert sich die Politik nur unzureichend darum. Zwei Drittel der Erwachsenen wären bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn dadurch Kinderarmut bekämpft würde. Dies sind zentrale Ergebnisse des *Kinderreports 2018*. »Kinderarmut lässt sich nachhaltig weder über eine Anhebung des Kindergeldes noch über eine Erhöhung der Regelsätze bekämpfen. Wir brauchen eine eigene Kindergrundsicherung, die allen Kindern das Existenzminimum garantiert«, fordert die kinderpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, Kati Engel. Der *Kinderreport* untersucht jährlich wechselnde kinderrechtliche Themen.

» E-Mobilität

Elektromobilität ist das Thema der 3. Energiekonferenz der Thüringer Linksfraktion am 24. März 2018 in Rohr-Kloster. Das Thema ist akut, denn einige Länder haben bereits das Ende des Verbrennungsmotors beschlossen.

Wie geht es in Deutschland weiter? Was schlagen wir als LINKE vor? Vorträge und Diskussion mit ExpertInnen aus Politik und Wirtschaft, unter anderem mit Ministerin Birgit Keller, den Abgeordneten Steffen Harzer und Dr. Gudrun Lukin, dem Vizepräsidenten der *INHK Oberfranken* Michael Möschel und Dr. Mathias Sturm von der *Thüringer Energie AG*.

Informationen und Anmeldung:
www.die-linke-thl.de

» Jobcenter

Von der künftigen Bundesregierung fordern DIE LINKE im Thüringer Landtag und die Arbeitsministerin des Freistaats, Heike Werner, mehr Geld für die Jobcenter. Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion, kritisierte, dass das Geld zur Eingliederung in Arbeit und die Verwaltungskosten nicht reicht. Sie sagte: »Ausgehend von den guten Erfahrungen in Thüringen fordern wir bessere Rahmenbedingungen, für die der Bund zu sorgen hat. Die Länder, Kommunen und Jobcenter dürfen nicht allein gelassen werden«. Die rot-rot-grüne Landesregierung kündigte einen Antrag an, um die Bundesregierung aufzufordern, mehr Geld für die Jobcenter zu garantieren.